

Ostdeutschland. Ein neuer Blick.



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

*Staatsminister beim Bundeskanzler
und Beauftragter der Bundesregierung
für Ostdeutschland*

Carsten Schneider



*„Ostdeutschland hat sich
in den vergangenen Jahren
zu einer der attraktivsten
Wirtschaftsregionen Europas
entwickelt. Dieses große
Potenzial wollen wir nutzen,
damit der Osten vorne mitspielt.
Die Bundesregierung gestaltet
den ökologischen und wirt-
schaftlichen Wandel sozial und
zukunftsorientiert. Unser Leit-
motiv dabei: Zuversicht
und Respekt.“*

Carsten Schneider ist Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. Er vertritt die Interessen Ostdeutschlands in der Bundesregierung und in der Öffentlichkeit.

Seine Schwerpunkte: Der Staatsminister setzt sich für eine lebendige Zivilgesellschaft ein, für gleichwertige Lebensverhältnisse und für eine starke ostdeutsche Wirtschaft mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und Löhnen. Es ist ihm ein wichtiges Anliegen, mehr Ostdeutsche in Führungs- und Entscheidungspositionen zu bringen. Zudem verantwortet er den Aufbau des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation.

Der Staatsminister arbeitet mit den Ministerien in der Bundesregierung und den Landesregierungen zusammen sowie mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden, mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und der Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen arbeitet Carsten Schneider für eine gute Zukunft Ostdeutschlands – und für einen neuen Blick auf Ostdeutschland!

„Die Themen, Chancen und Herausforderungen Ostdeutschlands sind für das ganze Land relevant. Mir ist es besonders wichtig, hierzu mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam mit ihnen möchte ich einen neuen Blick auf Ostdeutschland werfen.“



Ein neuer Blick auf Ostdeutschland

„Den“ Osten gibt es nicht, sondern viele Regionen mit verschiedenen Menschen. Darüber geben der Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit und der Bericht des Ostbeauftragten abwechselnd alle zwei Jahre Auskunft.

In Halle entsteht das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Darin sollen die Lebensleistungen und Erfahrungen der Ostdeutschen sichtbar gemacht werden. Die Ostdeutschen haben Umbrüche erlebt und dabei viel geschafft. Daraus lässt sich für die Zukunft im ganzen Land lernen.

Wichtig ist es, sich mit den östlichen Nachbarländern auszutauschen. Denn diese Länder haben vor und nach 1989 ähnliche Erfahrungen gemacht. Im Zukunftszentrum sollen Forschung, Gespräche und Kultur miteinander verschmelzen. Es wird einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts in Deutschland und in Europa leisten.

Zu einem neuen Blick gehört auch ein besseres Verständnis für die Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger: Der „Deutschland-Monitor“ untersucht die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen in Ost und West. Es geht darum, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erkennen – und wieder mehr Interesse füreinander in Ost und West zu wecken und so die Deutsche Einheit voranzubringen.

Den Wandel gestalten

Ostdeutschland hat sich seit 1990 gut entwickelt – einerseits. Andererseits ist die ostdeutsche Wirtschaft noch immer von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt, während Großunternehmen selten sind. Das macht es oftmals schwieriger, international zu arbeiten oder neue Geschäftsideen zu finanzieren.

Die gute Nachricht: Derzeit wird die wirtschaftliche Landkarte in Ostdeutschland neu gezeichnet. Große Unternehmen, zum Beispiel Autobauer und Chip-Hersteller, eröffnen Fabriken in Ostdeutschland. Damit wird der Osten zum Vorreiter in wichtigen Zukunftstechnologien.

Auch sorgt die Bundesregierung dafür, dass sich Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden in Ostdeutschland ansiedeln. So werden Regionen gestärkt, in denen es bisher zu wenige Unternehmen und Arbeitsplätze gibt.

Um seinen Wohlstand zu erhalten, braucht Deutschland zusätzliche Arbeits- und Fachkräfte. In den kommenden Jahren gehen viele Beschäftigte in den Ruhestand. Dringend notwendig sind mehr Aus-

und Weiterbildungschancen, mehr Jobs für Erwerbslose, aber auch mehr Zuwanderung.

Ostdeutschland ist stark bei den erneuerbaren Energien, zum Beispiel bei der Windkraft. Für Unternehmen in den Bereichen Energieerzeugung und Energieinfrastruktur bietet der Osten gute Bedingungen. Im kommenden Jahrzehnt endet der Abbau von Braunkohle in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier. Diese Entscheidung dient dem Klimaschutz, hat aber große Auswirkungen auf diese Regionen. Deshalb haben Bund und Länder verschiedene Maßnahmen in Milliardenhöhe beschlossen, damit sich die alten Kohlereviere gut entwickeln können.



Überall gut leben können

Ein Ziel des Staatsministers beim Bundeskanzler und Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland ist es, dass Menschen überall gut leben können. Dazu gehört, dass es auch auf dem Land Ärztinnen und Ärzte, öffentliche Verkehrsmittel, gute Schulen, schnelles Internet und Einkaufsmöglichkeiten gibt.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es noch immer große Unterschiede bei den Löhnen und Vermögen. Und auch innerhalb Ostdeutschlands werden die Unterschiede größer, zum Beispiel zwischen Städten und ländlichen Regionen. Die Bundesregierung setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land ein.

Gute Löhne sind eine wichtige Voraussetzung, um gut leben zu können – egal wo. Deshalb hat die Bundesregierung durchgesetzt, dass der gesetzliche Mindestlohn im Oktober 2022 auf 12 Euro pro Stunde erhöht wurde. Dieser Schritt kommt vor allem dem Osten zugute. Zugleich muss in Ostdeutschland die Tarifbindung steigen, denn der Mindestlohn ist ja nur ein gesetzlicher Mindeststandard. Dort, wo Gewerkschaften und Arbeitgeber die Löhne und Ausbildungsvergütungen aushandeln, gibt es auch weniger Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Seit dem 1. Juli 2023 ist der Rentenwert in Ost- und Westdeutschland identisch. Diese Angleichung, 33 Jahre nach der Wiedervereinigung, ist ein Meilenstein für den Sozialstaat. Endlich zählt Arbeit in Ost und West mit Blick auf die Rente gleich viel. Für

die Rentnerinnen und Rentner, deren ostdeutsche Rentenansprüche nach der Wiedervereinigung nicht mit dem bundesdeutschen Rentenrecht vereinbar waren, hat die Bundesregierung zudem einen sogenannten Härtefallfonds eingerichtet. Hier können Betroffene unter bestimmten Voraussetzungen eine pauschale Einmalzahlung erhalten.

Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen bringen

Noch immer sind Ostdeutsche in Führungs- und Entscheidungspositionen unterrepräsentiert – ob in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz, Medien oder Kultur. Das ist 33 Jahre nach der Wiedervereinigung weder nachvollziehbar noch hinnehmbar.

Die Bundesregierung hat sich deshalb verpflichtet, in der Bundesverwaltung mehr Leitungspositionen mit Menschen aus Ostdeutschland zu besetzen. Sie will damit auch ein Vorbild für andere Teile der Gesellschaft sein.

„Mit dem Konzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen will die Bundesregierung Vorbild für die Gesellschaft und die Wirtschaft sein. Von den Erfahrungen und Sichtweisen der Ostdeutschen profitieren alle.“



Die demokratische Zivilgesellschaft in den ostdeutschen Ländern stärken

In Ostdeutschland existiert eine vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft. Menschen engagieren sich in Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, für soziale Themen, in Vereinen, in der Hilfe für Geflüchtete und gegen jede Form von Extremismus. Der Ostbeauftragte unterstützt die Bürgerinnen und Bürger, die anpacken und ihre Heimat gestalten wollen.

Außerdem rückt der Ostbeauftragte die Geschichte der DDR, die Aufarbeitung der Diktatur, die Bewegungen für Demokratie und Freiheit sowie die Jahre des Umbruchs in den Fokus. Denn die Erfahrungen aus diesen Zeiten prägen die Menschen und unsere Gesellschaft bis heute.

Auf seiner Dialogtour in allen Teilen Ostdeutschlands hört Carsten Schneider zu, was die Menschen vor Ort bewegt. Er spricht mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Er wirbt für mehr demokratische Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement. Und er unterstützt Projekte, die dieses Engagement fördern, zum Beispiel mit den Wettbewerben „MACHEN!“ und „Umbruchszeiten“.

Impressum

Herausgeber

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland
11012 Berlin
www.ostbeauftragter.de

Stand

August 2023

Gestaltung

Scholz & Friends Berlin GmbH

Druck

MKL Druck GmbH & Co. KG
48346 Ostbevern

Bildnachweis

S. 1: Susanne Strauch (Ostkreuz):
IBA-Terrassen am Ilsesee, Großräschen
S. 2: Bundesregierung/Steffen Kugler
S. 4: Bundesregierung/Steins
S. 6: Henning Schacht
S. 9: Jens Schlüter

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.ostbeauftragter.de

 @Ostbeauftragter
 @ostbeauftragter.schneider

